

Unsere Verantwortung in der Welt

**Christlich-demokratische Perspektiven
zur Außen-, Sicherheits-,
Europa- und Deutschlandpolitik**

**Diskussionsentwurf der vom Bundesvorstand
eingesetzten Kommission**

I. Die Bundesrepublik Deutschland vor den Herausforderungen der 90er Jahre	3
II. Frieden in Freiheit bewahren, Sicherheit erhalten, Abrüstung fortsetzen	
Das Atlantische Bündnis ist Fundament unserer Freiheit und Sicherheit	6
Durch Abrüstung zu weniger Waffen und zu mehr Sicherheit	8
Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA	10
III. Europa ist unsere politische Zukunft	
Die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union ausbauen	11
Den europäischen Binnenmarkt verwirklichen und das Europäische Währungssystem weiterentwickeln	14
Europa muß zu einer Forschungs-, Technologie- und Umweltgemeinschaft zusammenwachsen	15
IV. Mehr Begegnungen und Zusammenarbeit in Deutschland dienen der Freiheit und der Einheit	
Freiheit ist Bedingung der Einheit	17
Die zwischenmenschlichen Begegnungen ausweiten	19
Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen	20
Berlin ist und hat eine nationale Aufgabe	21
V. Den West-Ost-Dialog aktiv gestalten	
Den Wandel in der Sowjetunion für den West-Ost-Dialog nutzen	22
Die Politik der guten Nachbarschaft zielfestig fortsetzen	23
Unsere Verantwortung für mehr Zusammenarbeit und Vertrauensbildung	24
VI. Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Welt	
Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit fördern	26
Unser Beitrag im Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt	28
Demokratie und Menschenrechten gehört die Zukunft	30

I. Die Bundesrepublik Deutschland vor den Herausforderungen der 90er Jahre

1. Die Welt wächst zusammen im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten. Probleme der Wirtschaft und des Handels, des Umweltschutzes, der Energieversorgung und Ressourcenschonung, der Unterentwicklung, der Menschenrechtsverletzungen, des Terrorismus lassen sich zunehmend nur durch eine weltweite engere Zusammenarbeit lösen. Die internationale Politik ist in Bewegung geraten: Neue industrielle Zentren und regional bedeutsame Mächte entstehen, die Länder der Dritten Welt fordern ihren angemessenen Platz in der Welt, regionale Krisen und Kriege haben weltweite Auswirkungen; der West-Ost-Konflikt verliert gegenüber diesen Entwicklungen seine alles beherrschende Bedeutung, bleibt aber für den europäischen Kontinent politisch bestimmd. Das freie Europa muß sich auf seine eigene Kraft und politische Verantwortung besinnen und gemeinsame Antworten auf diese Herausforderungen finden.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu einem Staat mit großem internationalen Gewicht entwickelt, was weltpolitische Mitverantwortung zur Folge hat. Sie gehört zu den führenden Handels- und Industriestaaten der Erde und zu den Garanten einer stabilen Weltwirtschaftsordnung. Sie ist politisch und militärisch ein bedeutsamer Faktor im westlichen Bündnis sowie einer der wirtschaftlich leistungsfähigsten Mitgliedsstaaten und ein politischer Motor der Europäischen Gemeinschaft.

Viele Staaten der Welt erwarten von der Bundesrepublik Deutschland eigene Beiträge zur Bewältigung gemeinsamer Probleme. Sie muß zusammen mit ihren westlichen Partnern Mitgestalter der internationalen Politik sein, damit ihre Ziele und Interessen berücksichtigt werden.

Das Bewußtsein der Bürger für die gewachsene Bedeutung und Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik muß gestärkt werden.

3. Aus ihren globalen und europäischen Verflechtungen ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes und rohstoffarmes Land Chancen und Risiken. Deshalb ist eine Verstärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit für die Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig. Als Staat, der an der Nahtstelle zwischen West und Ost liegt und der auf eigene Atomwaffen verbindlich verzichtet hat, ist die Bundesrepublik Deutschland politisch und militärisch besonders bedroht und daher besonders auf den Schutz der USA und der westlichen Bündnispartner angewiesen.

4. Als Mitglied der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft gehört die Bundesrepublik Deutschland zur Wertegemeinschaft der freien Staaten der westlichen Welt. Dieser klare Standort, der seit Konrad Adenauer die Außenpolitik der CDU bestimmt, führt zur Ablehnung jeder Spielart von Neutralismus im West-Ost-Konflikt. Die Bundesrepublik Deutschland steht nicht zwischen den weltpolitischen Lagern, sondern im Lager der Freiheit. Fundament unserer Sicherheit und Freiheit sind die Atlantische Allianz und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft ist unersetzlich, weil sie Europa vor Krieg und politischer Erpressung schützt.

Die Festigung der Freundschaft und Partnerschaft mit den USA bleibt eine vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Seinem politischen und wirtschaftlichen Gewicht entsprechend muß das freie Europa mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Europa braucht Amerika. Amerika braucht Europa.

5. Für Christliche Demokraten ist Frieden mehr als das Schweigen der Waffen. Wahren Frieden kann es nur in einer gerechten und freiheitlichen Lebensordnung geben, in der die Menschenrechte verwirklicht sind. Rüstungskontrolle und Abrüstung allein können daher den Frieden nicht garantieren. Entscheidend ist der hinter den Waffen stehende politische Wille. Solange es den Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt, müssen die freien Staaten zur Verteidigung fähig und bereit sein. Militärische Sicherheit und aktive Entspannungspolitik, Verteidigungsbereitschaft und Verständigungsbereitschaft sind keine Gegensätze, sondern bedingen und ergänzen einander. Die CDU tritt dafür ein, daß der Prozeß von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa und weltweit Schritt für Schritt weitergeht, damit militärisches Gleichgewicht und mehr politische Stabilität erreicht werden können. Die CDU ist die Partei der Freiheit und der Sicherheit. Wir wollen Abrüstung, die die gegenseitige Sicherheit erhöht. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Deshalb gehört Abrüstung zu den wichtigen Zielen unserer Außenpolitik.

6. Das freie Europa muß zu einem neuen Zentrum internationaler Politik werden. Nur ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird sein ganzes politisches und wirtschaftliches Gewicht zur Wahrung seiner eigenen Interessen in die internationale Politik einbringen können. Nur ein Europa, das zu einer Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft und einem einheitlichen Binnenmarkt zusammenwächst, kann auf den Weltmärkten erfolgreich sein. Nur ein starkes, einiges und im Atlantischen Bündnis verankertes Europa kann auf Dauer Frieden und Freiheit in Europa bewahren. Die CDU sieht es seit Konrad Adenauer als ihre historische

Aufgabe an, die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union auszubauen.

7. Der politische Bewegungsspielraum der Europäer in Ost und West — und damit auch der Deutschen — ist durch die verbesserten Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten größer geworden. Die CDU will durch ihre Deutschlandpolitik die Kontakte zwischen den Menschen verbessern und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen, weil dadurch den Menschen geholfen wird und dies der Wahrung der Einheit der Nation dient und damit der Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit der Deutschen. In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland — das bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag.

8. Die Beziehungen zur Sowjetunion sind für die Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung. Die sich in der Sowjetunion abzeichnenden politischen Veränderungen können Chancen eröffnen zu mehr Zusammenarbeit, Vertrauensbildung und Abbau von Spannungen zwischen West und Ost. Auch die Politik der guten Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas kann dadurch neue Impulse erhalten. Weder West noch Ost sind heute in der Lage, die Herausforderungen des Abbaus von Spannungen und der Kriegsverhinderung, aber auch zum Beispiel des Umweltschutzes, allein zu bewältigen. Entweder die gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen finden Formen der Zusammenarbeit oder wichtige Probleme werden nicht gelöst.

Dialog und Zusammenarbeit zwischen West und Ost dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Grenzen der Gemeinsamkeit gibt, die in der Unvereinbarkeit von Demokratie und Diktatur begründet sind. Deshalb treten wir auch im West-Ost-Dialog für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Erst, wenn Europa ein Kontinent der Menschenrechte und der gewaltfreien Konfliktregelung, der Freizügigkeit und des freien Austausches von Meinungen und Informationen ist, ist der Frieden dauerhaft gesichert.

9. Stellung und Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt hängen nicht allein von ihrem politischen Gewicht und ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft ab, sondern auch von ihrer kulturellen Präsenz im Ausland sowie von der Bereitschaft zum internationalen kulturellen Austausch. Auswärtige Kulturpolitik soll ein ausgewogenes, wirklichkeitsnahes, auch selbstkritisches Bild vom Leben und Denken in unserem Lande vermitteln und damit das Verständnis für die Bundesrepublik Deutschland in der Welt fördern. Sie ist damit Sympathiewerbung für unser Volk und für unseren demokratischen Staat. Die CDU betrachtet deshalb den Kultauraustausch als einen Bereich der Außenpolitik, der den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gleichrangig ist.

10. Die Bundesrepublik Deutschland und Europa können auf Dauer keine Inseln der Freiheit, des Wohlstands und des Friedens bleiben, wenn in anderen Teilen der Erde Unterdrückung, Armut und politische Instabilität herrschen. Die freien Länder des Westens würden die Menschen, die in Unfreiheit und Armut leben, tief enttäuschen, wenn sie nicht weltweit aktiv für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte eintreten würden. Als Deutsche tragen wir aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte. Für die CDU gelten die Menschenrechte weltweit und sind unteilbar. Unser Engagement für die Menschenrechte ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, denn es beruht auf internationalen Verträgen und Deklarationen zu den Menschenrechten und dient einer aktiven Friedenspolitik.

Die CDU kämpft für eine Welt ohne Hunger, Not und Elend. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlangt von uns Opfer, um das Überleben von Millionen Menschen sichern zu helfen. Unser Wohlstand verpflichtet uns, bei einer immer stärker wachsenden Weltbevölkerung besonders den Menschen zu helfen, deren Überleben durch Hunger und Not gefährdet ist. Wir müssen anders leben, damit andere überleben können.

II. Frieden in Freiheit bewahren, Sicherheit erhalten, Abrüstung fortsetzen

Das Atlantische Bündnis ist Fundament unserer Freiheit und Sicherheit

11. Das Atlantische Bündnis sichert Frieden und Freiheit. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit dem westlichen Bündnis nicht nur für eine Sicherheitsgemeinschaft zum Schutz vor Krieg und politischer Erpressung durch die Sowjetunion, sondern für eine politische Wertegemeinschaft entschieden, die auf den Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit basiert. Für die Bundesrepublik Deutschland kann es deshalb nur eine Sicherheitspartnerschaft mit den freien Staaten des westlichen Bündnisses geben. Die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes sind nicht unsere Sicherheitspartner, sondern unsere Verhandlungspartner für mehr gegenseitige Sicherheit. Wir werden alle Chancen, die sich aus den sich abzeichnenden Veränderungen in der sowjetischen Politik ergeben, nutzen. Durch Fortschritte bei der Zusammenarbeit, der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen West und Ost kann die politische Stabilität und Sicherheit in Europa erhöht werden. Freundschaft und enge

Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind für die Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung. Sie beruhen auf gemeinsamen geistigen Grundlagen und politischen Interessen. Die Festigung dieser Partnerschaft bleibt für die CDU vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Faire Partnerschaft schließt die von gegenseitigem Verständnis und von Kompromißbereitschaft bestimmte Beilegung von unterschiedlichen Meinungen ein.

12. Die Bundesrepublik Deutschland leistet einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung der gemeinsamen Sicherheit des Westens: Sie stellt mit die stärksten und modernsten konventionellen Streitkräfte des freien Europa. Die Bundeswehr muß in Personal, Ausrüstung und Bewaffnung die erforderliche Stärke für den Krisen- und Verteidigungsfall behalten. Darüber hinaus gilt es, eine höhere Mobilität und Flexibilität unserer Streitkräfte zu schaffen, die Fähigkeit zur schnellen Verstärkung auszubauen, die Reserven besser zu nutzen und die moderne Technik vermehrt einzusetzen. Die CDU wird die hohe Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr auch in Zukunft sichern. Wehrdienst ist Friedensdienst.

Der Lohn für Verteidigungsbereitschaft und die Ableistung der Wehrpflicht ist die Garantie, in einem freien Staat und in einer freien Gesellschaft leben zu können. Deshalb muß der Wille zur Verteidigung erhalten bleiben. Der Auftrag der Bundeswehr zur Verteidigung und Sicherung von Frieden in Freiheit muß im Bewußtsein der Bürger lebendig gehalten und gestärkt werden. Dazu gehört auch die Schaffung einer „Sicherheitsakademie“ als Zentrum für Information, Diskussion und Forschung über sicherheitspolitische Fragen sowie der Ausbau der sicherheitspolitischen Forschung an deutschen Universitäten. Die CDU setzt sich dafür ein, daß mehr junge Deutsche freiwillig auch in den Armeen anderer Partnerländer — und umgekehrt — wenigstens zeitweise ihren Wehrdienst ableisten können. Auf diese Weise erleben junge Menschen die Verteidigung der freiheitlichen Ordnung Europas als gemeinsame Aufgabe.

13. Das politische Konzept der NATO zur Friedenssicherung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost fußt seit dem Harmel-Bericht auf zwei Grundprinzipien: der Verhütung eines jeden Krieges — atomar wie konventionell — durch glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung und einer Politik des Dialogs, der Vertrauensbildung und der schrittweisen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Diese Prinzipien haben sich bewährt. Aber da die vor mehr als 20 Jahren im Harmel-Bericht geforderte Umgestaltung der europäischen Sicherheitslage begonnen hat, ist eine neue Bestandsaufnahme notwendig. Die Zielvorstellungen und Entscheidungen des Bündnisses in der Außen- und Sicherheitspolitik müssen auf der Basis der Harmel-Prinzipien neu festgelegt werden.

Die CDU schlägt deshalb vor, in der NATO eine „Atlantische Charta — NATO 2000“ zu erarbeiten, die das Gesamtkonzept mit Grundsätzen und Zielen für künftige außen-, sicherheits- und abrüstungspolitische Entscheidungen der Atlantischen Allianz festlegt. Die Bundesrepublik Deutschland muß dabei eine aktive und führende Rolle übernehmen.

Durch Abrüstung zu weniger Waffen und zu mehr Sicherheit

14. Die CDU will Frieden schaffen mit weniger Waffen. Abrüstung gehört zu den wichtigen Zielen unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die CDU will Sicherheit auf einem möglichst niedrigen und ausgewogenen Streitkräfteniveau gewährleisten. Das im Dezember 1987 unterzeichnete INF-Abkommen über die weltweite Beseitigung atomarer Mittelstreckenraketen ist ein wichtiger Schritt zu wirklicher Abrüstung. Deshalb ist es unabdingbar, die Dynamik von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa entschlossen zu nutzen.

15. Die CDU unterstützt die Bestrebungen des Bündnisses, ein abgestimmtes Sicherheits- und Abrüstungskonzept zu erstellen. Ein solches Konzept sollte ein wichtiger Teil der künftigen „Atlantischen Charta — NATO 2000“ sein. Das Sicherheits- und Abrüstungskonzept muß sich an folgenden Grundsätzen orientieren:

- Gemeinsame Sicherheit und Geschlossenheit im Bündnis sind die Grundlage für erfolgversprechende Abrüstungsbemühungen mit dem Osten.
- Abrüstung muß unsere Sicherheit stärken. Deshalb müssen Abrüstungsvorschläge daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die eigene Verteidigungsfähigkeit haben.
- Einzelne Abrüstungsschritte müssen in ihrer Beziehung zur Strategie der Abschreckung gesehen werden. Sie müssen verlässlich überprüfbar sein und ihre Umgebung muß ausgeschlossen sein.
- Nuklearwaffen sind politische Waffen, die eine zweifache friedenssichernde Wirkung haben: Sie halten vom Krieg ab und machen die Drohung mit ihm zwecklos. Die europäische Nachkriegsgeschichte beweist, daß die nukleare Abschreckung ein zuverlässiges Mittel zur Kriegsverhütung ist. Deshalb ist eine Abschaffung aller Atomwaffen in Europa mit der Sicherheit des freien Europa unvereinbar.

16. Die Bündnisstrategie der Kriegsverhinderung durch Abschreckung muß glaubwürdig und durchsetzbar bleiben. Hierfür wird ein ausgewogenes Verhältnis nuklearer und konventioneller Streitkräfte erforderlich bleiben. Die CDU hält deshalb an der Strategie der flexiblen Antwort für das Bündnis fest, solange es zu diesem Konzept keine wirksame Alternative gibt.

Damit die Bündnisstrategie der flexiblen Antwort wirksam bleibt, müssen Mindestzahl, Reichweite und Zusammensetzung nuklearer Waffen der Allianz in und für Europa unter Berücksichtigung der Bedrohung und der Sicherheit des Bündnisses neu festgelegt werden. Diese Waffen müssen eine glaubwürdige Abschreckung sicherstellen, was ihre Modernisierung einschließt. Nukleare Waffen in Europa müssen auf das quantitativ wie qualitativ erforderliche Mindestmaß beschränkt werden. Ein auf Deutschland und Europa begrenzter Krieg darf nicht möglich sein.

17. Auf dieser Basis fordert die CDU weitere Schritte zu kontrollierter Abrüstung auf allen Ebenen:

- die Beseitigung der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes und die Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural. Denn Kern des europäischen Sicherheitsproblems ist die Invasionsfähigkeit der Sowjetunion, die sich aus der Offensivstrategie, Überlegenheit, Ausrüstung und Stationierung ihrer Truppen ergibt. Deshalb ist die Beseitigung ihrer Invasionsfähigkeit und die Festlegung gemeinsamer Obergrenzen auf niedrigerem Niveau bei den konventionellen Waffensystemen und Truppenverbänden erforderlich. Die Sowjetunion muß für die Vorteile, die sie aufgrund ihrer geostrategischen Lage in Europa hat, Zugeständnisse machen;
- den baldmöglichen Abschluß eines Vertrages über das weltweite Verbot chemischer Waffen und die weltweite Kontrolle und wirksame Überprüfung ihrer Vernichtung. Damit wird nicht nur der Gebrauch, sondern auch die Herstellung und Lagerung chemischer Waffen verboten;
- deutliche und überprüfbare Verringerungen nuklearer Systeme mit einer Reichweite unter 500 km mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau. Verhandlungen darüber gehören zum Gesamtkonzept des Bündnisses. Sie dürfen nicht erst nach Abschluß der Verhandlungen über konventionelle und chemische Abrüstung aufgenommen werden. Der augenblickliche Waffenbestand darf nicht eingefroren oder erhöht werden, was eine Modernisierung aber nicht ausschließt;
- den 50prozentigen Abbau der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen, der die Bedrohung für Europa weiter mindert. Dadurch würde die Möglichkeit der Sowjetunion, den Abbau der Mittelstreckensysteme durch strategische Systeme auszugleichen, verringert werden;
- eine Einigung der Sowjetunion und der USA über Notwendigkeit und Umfang strategischer Defensivsysteme (zum Beispiel SDI) im Zusammenhang mit dem angestrebten Abbau von strategischen Offensivsystemen;

- eine weltweite Begrenzung und Reduzierung der Anzahl und Sprengkraft von Atomtests als Zwischenschritt auf dem Weg zu einem verlässlich überprüfbaren nuklearen Teststoppabkommen;
- die Aufnahme von Gesprächen über die Militärstrategien in Ost und West. Auch der Warschauer Pakt muß sich, wie das Atlantische Bündnis, auf Defensivstrategien beschränken.

Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA

18. Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA erfordert, daß Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt. Deshalb muß das freie Europa seine wirtschaftliche Kraft in außen- und sicherheitspolitisches Gewicht umsetzen und den europäischen Pfeiler im Bündnis stärken. Je mehr Europa aus eigener Kraft tut, desto überzeugter werden sich die Vereinigten Staaten von Amerika in Europa engagieren. Nur so werden die Europäer im Bündnis ein gleichberechtigter Partner Amerikas sein und ihre Interessen besser vertreten. Auch ein einiges Europa kann sich losgelöst von den USA politisch und militärisch gegenüber der östlichen Bedrohung nicht behaupten. Die amerikanische Nukleargarantie für Europa und die amerikanischen Truppen in Europa können durch europäische Garantien und Truppen nicht ersetzt werden. Deshalb muß die politische und strategische Einheit des Bündnisses auch künftig gesichert bleiben.

19. Die CDU sieht in der Westeuropäischen Union (WEU), in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und in der deutsch-französischen Zusammenarbeit wichtige Instrumente, um in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik besser zusammenzuarbeiten, damit das freie Europa ein gleichgewichtiger Pfeiler im Bündnis wird.

Die CDU will die Westeuropäische Union weiterentwickeln, um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in und für Europa auszubauen. Dazu gehört auch eine bessere Koordination, Kooperation und Aufgabenteilung auf dem Gebiet der Rüstung mit dem Ziel, die Verteidigungsausgaben des freien Europa wirksamer zu nutzen. Die CDU tritt dafür ein, die Europäische Politische Zusammenarbeit als ein wichtiges Instrument außenpolitischer Interessenwahrung und europäischer Integration zu nutzen und fortzuentwickeln. Wir begrüßen die Ausdehnung der europäischen Zusammenarbeit auf die Außen- und Sicherheitspolitik, die mit der Reform der Römischen Verträge durch die Einheitliche Europäische Akte auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage gestellt wurde.

20. Ohne Frankreich wird die Stärkung des europäischen Pfeilers nicht gelingen. Deshalb will die CDU die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich weiter vertiefen. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gibt es heute eine weitgehende Gemeinsamkeit der Auffassungen und Interessen, die eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ermöglicht. Beide Länder haben erkannt, daß es eine Unterscheidung zwischen nationaler und europäischer Sicherheit nicht mehr geben kann und daß sie im Verteidigungsfall füreinander einstehen müssen.

Konsultationen und Absprachen bei Strategie und Taktik, Absprachen über die Einbeziehung des französischen Territoriums in die gemeinsame Verteidigungsplanung, gemeinsame Produktion von Verteidigungswaffen und gemeinsame Manöver, der deutsch-französische Truppenverband sowie der deutsch-französische Verteidigungsrat sind wichtige Schritte zu einer engeren Zusammenarbeit.

Eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich dient der Sicherheit in Europa. Deshalb ist eine bessere Zusammenarbeit in der Vorneverteidigung notwendig. Beide Länder verstehen ihre Zusammenarbeit als Schirmacherdienste für eine sich entwickelnde Europäische Sicherheitsunion, in der die Mitwirkung der anderen westeuropäischen Staaten, insbesondere Großbritanniens, unverzichtbar ist. Die Atommächte Frankreich und Großbritannien sollten ihre besondere Verantwortung für die Sicherheit Europas durch eine nuklear-strategische Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen mit dem Ziel, ihr nukleares Potential in eine gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen.

21. Eine Europäische Sicherheitsunion ist nicht als Alternative zur NATO, sondern als ihr integraler Bestandteil gedacht. Sie soll eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik garantieren. Langfristig muß die Europäische Sicherheitsunion über einen Europäischen Verteidigungsrat als politische Entscheidungsinstanz verfügen.

III. Europa ist unsere politische Zukunft

Die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union ausbauen

22. Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa. Auf dem Weg dorthin bleibt der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union, d.h. zu einer Politischen Union, zu einer Sicherheitsunion und zu einer Wirtschafts- und Währungsunion die entscheidende Zukunftsaufgabe. Nur durch mehr Zusammenarbeit kann das freie Europa seine Zukunftsfähigkeit behaupten.

Christliche Demokraten haben mit der Europäischen Gemeinschaft ein Modell für eine dauerhafte europäische Friedensordnung in Freiheit geschaffen. Die Namen Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi sind untrennbar mit dem europäischen Einigungswerk verbunden. In dieser Tradition wird die CDU auch in Zukunft eine treibende Kraft für die europäische Einigung sein.

23. Die Europäische Gemeinschaft ist ein Signal für alle europäischen Völker. Sie steht allen freiheitlich-demokratischen Staaten in Europa, die die Grundlagen und Zielsetzungen der wirtschaftlichen und politischen Integration anerkennen, offen. Um die nächsten Schritte auf dem Weg zur Europäischen Union nicht zu verzögern, setzt sich die CDU dafür ein, daß neue Mitglieder in die Europäische Gemeinschaft nur dann aufgenommen werden, wenn für sie die gleichen Rechte und Pflichten gelten wie für die bisherigen Mitgliedsstaaten.

24. Auf dem Weg zur Europäischen Union ist die Einigkeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ein hohes Gut. Wenn in wichtigen Bereichen Einigkeit jedoch nicht erreicht wird, muß es möglich sein, daß ein Teil der Mitgliedsstaaten gemeinsam vereinbarte Ziele vorab verwirklicht. Weil die Übereinstimmung in den Grundwerten und die gemeinsamen Zukunftsaufgaben größer sind als das, was die europäischen Völker heute noch trennt, dürfen Fortschritte im Einigungsprozeß nicht durch mangelnde Kompromißbereitschaft in politischen Einzelfragen gefährdet werden.

25. Die deutsch-französische Verständigung und Versöhnung, die Konrad Adenauer und Charles de Gaulle besiegt haben, haben auf allen Gebieten positive Impulse für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft ausgelöst. Frankreich und Deutschland müssen zur politischen Kerngemeinschaft einer sich entwickelnden Europäischen Union werden. Dies gilt besonders für die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Im deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat sieht die CDU einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Für die deutsch-französische Freundschaft hat die Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung.

26. Mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) hat sich seit 1970 kontinuierlich und pragmatisch ein Verfahren gegenseitiger Information, Konsultation, Abstimmung und konzertierter Diplomatie entwickelt, das inzwischen einzigartig ist zwischen souveränen Staaten. Die CDU tritt dafür ein, die Europäische Politische Zusammenarbeit als ein zentrales Instrument europäischer Integration und außenpolitischer Interessenwahrung zu nutzen und fortzuentwickeln. Zur Sicherung ihrer lebenswichtigen Interessen muß

die Europäische Gemeinschaft auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie Staaten, die durch aggressive Diktaturen bedroht werden, wirksam beistehen kann.

Eine koordinierte europäische und mit den USA abgestimmte Politik zur Konfliktverhütung und friedlichen Konfliktregelung in der Dritten Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, liegt im gemeinsamen europäischen Interesse. Die CDU tritt dafür ein, daß die Europäische Politische Zusammenarbeit ihr ganzes politisches Gewicht für die Verwirklichung der Menschenrechte in aller Welt einsetzt.

27. Für die CDU sind die Vereinigten Staaten von Europa mit einem Europäischen Parlament, dem eine verantwortliche Regierung gegenübersteht, eine Vision, die sie Schritt für Schritt verwirklichen will. Auf dem Weg zur Politischen Union braucht die Europäische Gemeinschaft ein starkes und handlungsfähiges Parlament, das wirksam die Anliegen der europäischen Bürger vertreten und die Verwaltung kontrollieren kann. Die Effizienz der politischen Entscheidungsprozesse und administrativen Dienste muß verbessert werden. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein,

- in Fortführung der Reformen der Einheitlichen Europäischen Akte das Europäische Parlament in seinen Befugnissen zu stärken. Das Europäische Parlament muß — gemeinsam mit dem bisher allein beschließenden Ministerrat — bei der Gesetzgebung mitentscheiden. Das Europäische Parlament muß die Verfassung für Europa weiterentwickeln und verwirklichen;

- die Arbeit der EG-Kommission vom Zwang überflüssiger Detail-Reglementierung zu befreien, indem sie auf die Probleme konzentriert wird, die von den einzelnen nationalen Regierungen nicht bewältigt werden können;

- daß sich der Ministerrat an gemeinsamen europäischen Interessen orientiert und mit den vertraglich vorgesehenen Mehrheitsbeschlüssen Rahmenverordnungen erläßt, innerhalb derer die Kommission die Befugnis zu Ausführungsbestimmungen erhält.

Die Verteilung der politischen Verantwortung auf lokale, regionale, nationale und gemeinschaftliche Organe muß dem Prinzip der Subsidiarität entsprechen.

28. Der europäische Zusammenhalt muß durch die Solidarität der reichen mit den armen Regionen gestärkt werden. Deshalb tritt die CDU dafür ein, die Strukturfonds deutlich zu erhöhen und die Mittel mehr als bisher auf die strukturschwachen Länder zu konzentrieren. Weil die CDU ein vielgestaltiges Europa will, in dem die gewachsenen, auch regionalen Strukturen ihren Platz

haben, bekennt sie sich zum Föderalismus als Leitbild für den Aufbau Europas.

29. Die Europäische Gemeinschaft hat den Frieden gefestigt und entscheidend zu mehr Wohlstand und wirtschaftlicher Stabilität im freien Europa beigetragen. Damit sie sich voll auf ihre Zukunftsaufgaben konzentrieren kann, muß sie die Probleme ihrer Finanzierung und der europäischen Agrarpolitik lösen. Die CDU tritt dafür ein, die europäische Finanzverfassung zu reformieren.

Die CDU hält es weder für politisch noch für ökonomisch vertretbar, daß die Europäische Gemeinschaft ihre landwirtschaftlichen Überschüsse zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt absetzt, dadurch den Weltmarktpreis herunterdrückt und so den Entwicklungsländern die Chance nimmt, durch den Verkauf ihrer Produkte Devisen einzunehmen, die sie dringend für den Abbau ihrer Schulden benötigen.

30. Damit der Europagedanke wieder seine ursprüngliche Triebkraft und Dynamik entfalten kann, müssen die Bürger im freien Europa ein europäisches Gemeinschaftsbewußtsein entwickeln, wozu sie die Vorteile Europas konkret erfahren müssen. Die CDU will ein Europa der Bürger. Deshalb setzt sie sich ein für

- den weiteren Abbau der Grenzkontrollen in Europa,
- die Abschaffung der Autobahngebühren in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft,
- die verstärkte Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik, insbesondere beim Kampf gegen Krebs und Aids,
- mehr Austausch von Schülern, Studenten, Auszubildenden und Wissenschaftlern,
- die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger europäischer Bildungsabschlüsse und Berufsbildungswege ohne Verlust des deutschen Leistungsniveaus sowie
- die Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit.

Den europäischen Binnenmarkt verwirklichen und das Europäische Währungssystem weiterentwickeln

31. Die CDU unterstützt das in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegte Ziel, den europäischen Binnenmarkt, in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei verkehren können, bis 1992 zu verwirklichen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen wird die Gemeinschaft zum größten Markt der Welt machen,

ähnlich wie die Gründung der EWG vor 30 Jahren neue Wachstumsimpulse freisetzen und damit entscheidend die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft auf den Weltmärkten stärken.

Die Vorteile des gemeinsamen Marktes werden unmittelbar der Wirtschaft und den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zugute kommen, denn mehr als 50 % des Exports der Bundesrepublik Deutschland gehen in die Europäische Gemeinschaft. Diese Ausfuhren tragen entscheidend zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zu Wirtschaftswachstum und Stabilität bei. Rund 20 % aller Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland hängen von den Exporten in die Europäische Gemeinschaft ab.

32. Als wichtige Vorhaben auf dem Weg zu einem europäischen Binnenmarkt mit gleichen Wettbewerbsbedingungen unterstützt die CDU die Vereinheitlichung der europäischen Normen, die Öffnung der staatlichen Beschaffungsmärkte, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die Harmonisierung der Steuern und die Liberalisierung des Verkehrsmarktes. Die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft braucht das europäische Gemeinschaftspatent und ein europäisches Gesellschaftsrecht. Die Vollendung des Binnenmarktes verlangt von den Volkswirtschaften und Unternehmen aller Mitgliedsstaaten erhebliche Anpassungen und erfordert politische Kompromißbereitschaft von den nationalen Regierungen.

33. Da in einem vollendeten Binnenmarkt eine autonome nationale Wirtschafts- und Währungspolitik immer weniger möglich sein wird, setzt sich die CDU dafür ein, das Europäische Währungssystem weiterzuentwickeln und die schrittweise Verwirklichung der Wirtschaftsunion durch die Schaffung einer Währungsunion zu vervollständigen. Wichtige Ziele für ein wirtschaftlich integriertes Europa sieht die CDU langfristig darin,

- eine sowohl von den Regierungen der Mitgliedsländer wie den politischen Organen der Europäischen Gemeinschaft unabhängige europäische Zentralbank zu schaffen und

- den Ecu zu einer europäischen Währung zu machen, die als internationale Reservewährung an der Seite der anderen europäischen Währungen der weltwirtschaftlichen Bedeutung des Dollars und des Yen gleichkommt.

Europa muß zu einer Forschungs-, Technologie- und Umweltgemeinschaft zusammenwachsen

34. Im Wettbewerb mit Japan und den USA müssen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft zusammenwachsen. Spitzenleistungen im

Weltmaßstab erfordern immer mehr den intensiven Austausch von wissenschaftlichem und technologischem Know-how zwischen den europäischen Ländern.

Für gemeinschaftliche Forschung und Entwicklung kommen vor allem Ziele und Projekte in Betracht, die im nationalen Alleingang nicht erreicht werden können, weil sie die finanziellen Möglichkeiten eines Landes übersteigen, die — wie im Bereich des Umweltschutzes — grenzüberschreitendes Handeln erfordern oder die sonst zu einer in der Sache nicht begründbaren Doppelarbeit führen würden.

35. Nur wer heute die Technologien von morgen entwickelt, kann auch künftig im internationalen Wettbewerb auf dem Weltmarkt mithalten. Die CDU tritt mit Nachdruck für die europäische Eigenständigkeit in der Weltraumforschung und -nutzung, einschließlich der bemannten Raumfahrt, ein. Europa braucht eigenständige gemeinsame Weltraumprogramme, um künftig unabhängig von Dritten Weltraumtechniken erforschen, entwickeln und wirtschaftlich verwerten zu können.

Die CDU unterstützt die gemeinsamen europäischen Weltraumprojekte Ariane V, Columbus und Hermes. Einen europäischen Aufklärungssatelliten hält die CDU für nützlich.

36. In der europäischen Forschungsinitiative EUREKA sieht die CDU eine wichtige Ergänzung der Gemeinschaftspolitik auf dem Weg zu einer europäischen Forschungs- und Technologiegemeinschaft. Die im Rahmen von EUREKA bereits begonnene internationale Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und aus anderen europäischen Staaten, auch aus Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), soll ausgebaut werden unter der Voraussetzung, daß keine westlichen Sicherheitsinteressen verletzt werden.

37. Umweltverschmutzung macht nicht an Grenzen halt. Weltweite Kooperation und das enge Zusammenwirken benachbarter Staaten sind eine notwendige Voraussetzung für einen wirkungsvollen Umweltschutz. Die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Umweltgemeinschaft ist deshalb dringend erforderlich. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihre Pionierfunktion auf diesem Gebiet ausbauen.

38. Die CDU fordert

- die Europäische Gemeinschaft auf, Richtlinien zur Verminderung der Emissionen aus Großfeuerungsanlagen festzulegen sowie das Angebot bleifreien Benzins in den Mitgliedsstaaten auszubauen;
- die Europäische Gemeinschaft auf, zum Schutz der Ozonschicht in allen Mitgliedsstaaten die Herstellung und den Einsatz von

Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen als Treibmittel in Spraydosen, mit Ausnahme des Einsatzes im medizinischen Bereich, zu verbieten;

- die Anrainerstaaten der Nordsee auf, zum Schutz der Nordsee die Verklappung von Schadstoffen sowie die Verbrennung chemischen Mülls auf See einzustellen;
- die Alpenländer auf, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Alpenraum eine gemeinsame Konvention zu verabschieden, durch die z.B. die Ausweitung der Skigebiete in den Alpen gestoppt und die Bergwälder rekultiviert werden;
- die Überwachung und Kontrolle internationaler Atommüll-Transporte durch internationale Vereinbarungen zu verbessern.

IV. Mehr Begegnungen und Zusammenarbeit in Deutschland dienen der Freiheit und der Einheit

Freiheit ist Bedingung der Einheit

39. Die Einheit der deutschen Nation besteht fort, obwohl das deutsche Volk heute gegen seinen Willen staatlich getrennt leben muß. Die Deutschen sind nicht bereit, sich mit dieser Trennung auf Dauer abzufinden. Kern der Deutschlandpolitik der CDU bleibt deshalb die Wahrung der nationalen Einheit.

Die CDU hält fest an dem Ziel, eine stabile Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts die Einheit Deutschlands in Freiheit wiedererlangt. Bei der Verfolgung dieses Ziels beachtet die CDU folgende Prinzipien:

- Freiheit ist Bedingung der Einheit und nicht ihr Preis,
- die Einheit kann nur auf gewaltfreiem Wege erreicht werden,
- das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis ihrer Nachbarn in West und Ost zu erreichen.

40. Solange die Einheit in Freiheit noch nicht erreicht ist, muß die deutsche Frage rechtlich und politisch offen gehalten werden. Die CDU betrachtet es daher als wichtige Aufgabe der Deutschlandpolitik, das gesamtdeutsche Bewußtsein und den Willen zur nationalen Einheit zu stärken und alle Entwicklungen zu fördern, die der deutschen Einheit in Freiheit dienen. Die CDU hält an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit fest. Zu den Grundlagen unserer Deutschlandpolitik gehören das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschlandvertrag von 1954, der Moskauer und Warschauer Vertrag von 1970, das Vier-Mächte-Abkommen

über Berlin von 1971, der Grundlagenvertrag von 1972 und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975.

41. Unter den Bedingungen der andauernden Teilung Deutschlands ist die Politik des Dialogs, der praktischen Zusammenarbeit und der vertraglichen Abmachungen mit der DDR der geeignete Weg, um den Menschen im geteilten Deutschland konkret zu helfen. Menschliche Erleichterungen, insbesondere im Reiseverkehr, dienen zugleich dem Zusammenhalt der Deutschen. Dieses deutschlandpolitische Konzept darf nicht als tagespolitischer Pragmatismus abgetan werden. Es stärkt das Bewußtsein der Deutschen, einem Volk und einer Nation anzugehören und fördert damit die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der deutschen Einheit. Diese aktive Deutschlandpolitik, deren Fundament der Einsatz für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht ist, hält die deutsche Frage auf der Tagesordnung der Politik.

42. Die Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands setzt eine Überwindung des West-Ost-Konflikts voraus. Die Lösung der deutschen Frage ist daher gegenwärtig nicht zu erreichen. Die Verantwortung der Deutschen besteht darin, das heute Mögliche und Verantwortbare zu tun, um den West-Ost-Konflikt in Deutschland und Europa zu mildern und auf seine Überwindung hinzuwirken. An der festen Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Wertegemeinschaft, die Grundlage für die Solidarität der Staaten des freien Westens ist, darf kein Zweifel auftreten. Die CDU lehnt deshalb deutsche Sonderwege entschieden ab.

Es bleibt das Ziel unserer Politik, den West-Ost-Konflikt in einer dauerhaften übergreifenden europäischen Friedensordnung zu überwinden. Die Grenzen der Staaten müssen in ganz Europa ihren die Menschen trennenden Charakter verlieren. Nicht Grenzen zu verschieben, sondern sie durchlässig zu machen und sie zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist der Kern unserer Ost- und Deutschlandpolitik. Dafür wollen wir besonders die Chancen des KSZE-Prozesses nutzen.

43. Bei aller Bereitschaft zum Dialog mit der DDR wissen wir, daß sie kein demokratisch legitimierter Staat ist. Deshalb brauchen die dort Herrschenden ein Zwangssystem, das die Menschen entrichtet und unterdrückt; deshalb brauchen sie Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Die CDU wird nicht nachlassen, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu verurteilen. Sie fordert die Aufhebung des Schießbefehls und die Beseitigung der Mauer sowie der anderen Grenzsperranlagen. Alle Deutschen sollen in Freiheit leben können. Solange Menschen in der DDR aus politischen Gründen Gewalt und Unrecht angetan wird, erfüllen Einrichtungen wie die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter wichtige Aufgaben.

Die zwischenmenschlichen Begegnungen ausweiten

44. Die Interessen der Menschen im geteilten Deutschland sind für die CDU Ausgangspunkt und Maßstab der innerdeutschen Politik. Im Vordergrund unserer Bemühungen stehen daher die menschlichen Begegnungen. Wir wollen damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen bewahren und stärken und die Folgen der Teilung für die Menschen lindern. Die CDU strebt deshalb weitere Vereinbarungen mit der DDR an, die den Menschen zugute kommen:

- Aktivierung und Ausweitung des Reiseverkehrs, damit möglichst viele Deutsche frei und ungehindert reisen können. Wir setzen uns ein für die Abschaffung oder schrittweise Herabsetzung des Mindestumtausches, die Beseitigung der von der DDR verfügten Reise-, Einreise- und Kontaktverbote, die Aufhebung des Visumzwangs und der Beschränkung freier Bewegungsmöglichkeiten der Menschen zwischen beiden Staaten in Deutschland.
- Schaffung eines innerdeutschen Jugendwerkes, um die Verfestigung der Beziehungen zwischen den Jugendlichen herbeizuführen, ohne daß dadurch die bestehende Vielfalt der Beziehungen von Jugendorganisationen beeinträchtigt wird. Wir streben nicht nur die Erweiterung des Jugendaustausches, sondern auch die Einrichtung eines Schüleraustausches an.
- Verbesserung und Förderung des beiderseitigen touristischen Reiseverkehrs. Da es bisher in der DDR an der erforderlichen Infrastruktur mangelt, ist zunächst der Ausbau von Fremdenverkehrseinrichtungen notwendig.
- Ausbau der innerdeutschen Städtepartnerschaften, die die Möglichkeit schaffen, daß immer mehr Menschen in den Partnerstädten einander besuchen. Dabei kommt es vor allem darauf an, daß diese Partnerschaften von den Bürgern selbst gestaltet werden, zum Beispiel im Kulturbereich, in Vereinen und Sportklubs.
- Ausweitung des innerdeutschen Sportverkehrs. Wir wollen vor allem eine Einbeziehung des Breitensports und sportliche Begegnungen auf kommunaler Ebene und im grenznahen Bereich. An den Sportbegegnungen sollen auch Schlachtenbummler und Fans aus beiden Staaten in Deutschland teilnehmen können.
- Austausch von Lehrlingen, Volontären und die Einrichtung von Praktika, um die jeweilige Arbeitswelt besser kennenzulernen.
- Ausweitung innerdeutscher Hochschulpartnerschaften, die sich nicht auf die Funktionsträger beschränken, sondern den direkten Kontakt unter den

Studenten und Professoren ermöglichen sollen. Zur Förderung dieses Austausches sollte eine gemeinsame Stiftung errichtet werden, die mit der Vergabe von Stipendien betraut werden könnte.

Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen

45. Je größer die wechselseitigen Verflechtungen zwischen West und Ost, und je dichter die gegenseitigen Beziehungen sind, desto stärker ist das Vertrauen in die Berechenbarkeit der Politik des anderen. Die CDU will deshalb den politischen Dialog mit der DDR intensivieren und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ausbauen. Sie schlägt dazu eine Reihe von Maßnahmen vor:

- Neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der gemeinsamen Führung von Betrieben (joint ventures). Denkbar wäre auch eine Zusammenarbeit bei neuen Methoden der Betriebsführung.
- Bundesweite Empfangsmöglichkeiten des DDR-Fernsehens (zum Beispiel im Rahmen von Kabelprojekten). Die CDU erwartet eine entsprechende Praxis auch für bundesdeutsche Programme in der DDR.
- Ausbau des Flugverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unter voller Wahrung der Interessen von Berlin (West).
- Innerdeutsche Initiative gegen die Vernichtung und den Verfall historischer Bausubstanz, da die Erhaltung der durch Kriege und Nachkriegszerstörung verschonten Baulichkeiten für kommende Generationen Aufgabe des ganzen deutschen Volkes ist. Auch die Städtepartnerschaften sollten sich dieser Aufgaben annehmen.
- Gemeinsame Bemühungen um den Schutz der natürlichen Umwelt auf der Grundlage des innerdeutschen Umweltschutzabkommens; darüber hinaus kommt zum Beispiel auch die Gründung eines ständigen Umweltforums oder die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien in Frage.
- Turnusmäßige Gespräche der Bundesregierung mit der Regierung der DDR auf allen Ebenen zur Erörterung beiderseitig interessierender Fragen.
- Ausbau der Kontakte auf einer breiten Basis. Die CDU will den Dialog mit den Kirchen, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Die DDR-Führung muß jedoch wissen, daß die Intensität und der Erfolg des innerdeutschen Dialogs auch davon abhängig ist, ob sie in ihrem Machtbereich Diskussion und Dialog zuläßt.
- Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der DDR-Volkskammer kommen nur in Frage, wenn dabei der Berlin-Status unberührt bleibt und die DDR die Diskriminierung einzelner Abgeordneter

des Deutschen Bundestages, einschließlich der Abgeordneten aus Berlin (West), unterläßt. Die CDU vergißt dabei nicht, daß die Volkskammer, deren Mitglieder nicht frei gewählt sind, keine demokratische Legitimation besitzt. Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer können deshalb nicht gleichbedeutend sein mit den Beziehungen des Deutschen Bundestages zu frei gewählten Parlamenten demokratischer Staaten.

Berlin ist und hat eine nationale Aufgabe

46. Der Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland ist nur möglich, wenn Berlin in diese Zusammenarbeit voll einbezogen ist. Es bleibt eine wesentliche Aufgabe unserer Deutschlandpolitik, die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins zu bewahren und seine Anziehung und Ausstrahlungskraft zu fördern — in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Ganz Berlin ist die Hauptstadt der deutschen Nation.

47. Für Berlin ist der politische, wirtschaftliche und soziale Rückhalt in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa lebensnotwendig. Die volle Einbeziehung Berlins in alle Verträge der Europäischen Gemeinschaft ist unverzichtbar.

Die Bindungen an den Bund und die Partnerschaft mit den Schutzmächten müssen aufrechterhalten und entwickelt, die Rechte und die Verantwortlichkeit der Alliierten für Berlin und Deutschland als Ganzes müssen gewahrt werden. Auf der Grundlage dieser Bindungen kann Berlin den Standortvorteil nutzen, den die geographische Lage zuweist: die Rolle als Brücke im politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Hier erwachsen der Stadt neue Aufgaben. Die CDU unterstützt deshalb nachdrücklich auch den Ausbau beider Teile Berlins als internationale Konferenzstadt. Wir wollen, daß in Berlin KSZE-Nachfolgekonferenzen stattfinden. Die CDU unterstützt ebenso die Öffnung Berlins für den nationalen und internationalen Flugverkehr sowie den Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin–Hannover.

48. Die Vier-Mächte-Verantwortung garantiert die Einheit Berlins. Der Status Groß-Berlins darf deshalb nicht in Frage gestellt werden. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens bietet Möglichkeiten zu einer dynamischen Politik für Berlin. In diesem Rahmen begrüßt die CDU die Bemühungen des Berliner Senates, in Kontakten mit der anderen Seite die bestehenden Gegensätze in ihren Auswirkungen zu beschränken und das mögliche Maß an Gemeinsamkeiten zu erreichen.

V. Den West-Ost-Dialog aktiv gestalten

Den Wandel in der Sowjetunion für den West-Ost-Dialog nutzen

49. Die sowjetische Politik ist durch die neue Führung in Moskau in Bewegung geraten. Sie versucht, die politische, wirtschaftliche und geistige Erstarrung aufzubrechen, um die tiefe Krise des Sowjetkommunismus schrittweise zu überwinden. Sie hat erkannt, daß ohne weitreichende Veränderungen auf Dauer der Weltmachtanspruch der Sowjetunion gefährdet ist.

Deshalb will die neue Führung die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft modernisieren mit dem Ziel größerer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Die sowjetische Führung hat eingesehen, daß dies nicht ohne eine Öffnung der Gesellschaft nach innen und nach außen sowie eine verstärkte Kooperation mit dem Westen möglich ist.

50. Die CDU nimmt die begonnene Politik der inneren Erneuerung in der Sowjetunion ernst. Von ihrem Erfolg können Impulse für weitere Entspannungsschritte ausgehen. Der Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen entspricht den Interessen der Länder und den Wünschen der Menschen. Die CDU will deshalb die Chancen für den Ausbau von Dialog und Zusammenarbeit nutzen, die sich durch die neue sowjetische Politik eröffnen. Sie wird deren Glaubwürdigkeit am Verhandlungstisch prüfen und in praktischer Zusammenarbeit erproben. Sie mißt die sowjetische Umgestaltungspolitik daran, ob sie Würde und Rechte der Menschen achtet und ob sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Über die Erneuerungsbestrebungen darf es jedoch keinerlei Illusionen geben. Sie bedeuten keine Demokratisierung im westlichen Sinne, denn sie stellen die kommunistische Gesellschaftsordnung nicht in Frage, sondern streben einen Kommunismus im modernen Gewand an. Deshalb bleibt auch trotz der neuen sowjetischen Politik der unvereinbare Gegensatz zwischen westlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur prinzipiell bestehen.

51. Die Verbreiterung des Dialoges, die Vertiefung der Zusammenarbeit und des Vertrauens zwischen West und Ost setzt nicht nur die Öffnung der Sowjetunion nach innen voraus, sondern auch ihre Bereitschaft, nach außen die aggressiven Elemente ihrer Ideologie und Politik aufzugeben. Die Sowjetunion kann nicht von den Völkern des Westens eine intensivere Zusammenarbeit mit ihr erwarten und sie zugleich politisch sowie militärisch bedrohen. Bis heute setzt die Sowjetunion ihre Aufrüstung unvermindert fort und hält an der offensiven Ausrichtung ihrer Streitkräfte und Strategie fest. Überlegenheitsstreben ist jedoch mit dem Ziel friedlichen Zusammenlebens zwischen West und Ost ebenso unvereinbar wie die expansionistische

Ausrichtung der sowjetischen Außenpolitik. Die CDU mißt deshalb die sowjetische Außenpolitik nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten. Wir erwarten daher von der Sowjetunion vor allem die Aufgabe ihrer expansionistischen Außenpolitik und ihren Verzicht auf die militärische Angriffsfähigkeit gegenüber Westeuropa.

Die CDU fordert von der Sowjetunion, auf jede Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu verzichten und das Sicherheitsinteresse sowie das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu achten. Sie muß den Krieg gegen Afghanistan und ihre Stellvertreterkriege in anderen Staaten der Dritten Welt unverzüglich beenden. Bei der Beilegung oder Verhinderung regionaler Krisen und Konflikte muß die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Mäßigung und zum Ausgleich unter Beweis stellen.

Die Politik der guten Nachbarschaft zielstrebig forsetzen

52. Der Bundesrepublik Deutschland kommt für den weiteren Ausbau der West-Ost-Beziehungen eine herausragende Bedeutung und Verantwortung zu. Alle sozialistischen Staaten streben eine engere politische, ökonomische und kulturelle Kooperation mit der Bundesrepublik Deutschland an.

Die Politik der CDU hat in den vergangenen Jahren entscheidenden Anteil daran gehabt, daß wieder Bewegung in die Beziehungen zwischen West und Ost gekommen ist. Diese erfolgreiche Politik wäre ohne ihre feste Verankerung im westlichen Bündnis nicht möglich gewesen. Für die CDU bleibt eine dynamische Westpolitik, die der Festigung des Bündnisses und der Erhaltung der Sicherheit dient, unverzichtbare Voraussetzung aktiver Entspannungspolitik.

53. Die CDU will durch ihre Politik das Verhältnis zu den östlichen und südöstlichen Nachbarn in allen Bereichen verbessern. Friedlicher Wettbewerb, umfassende Zusammenarbeit und Verständigung sollen dauerhaft Konfrontation und Bedrohung ersetzen. Je mehr sich die sozialistischen Gesellschaften nach innen und nach außen öffnen, um so weitgehender lassen sich die Möglichkeiten zur Erweiterung der Zusammenarbeit ausschöpfen.

Die CDU betrachtet die kleinen und mittleren Staaten in Ost- und Südosteuropa als selbständige Partner mit eigenen historisch gewachsenen Interessen und Aufgaben im Dialog zwischen West und Ost. Sie würdigt ihre Bemühungen um eigenständige Beiträge zur Öffnung und Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaften und der West-Ost-Beziehungen. Der Ausbau der Beziehungen zu diesen Staaten dient der Stabilität und gründet auf dem Bewußtsein einer gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft aller Europäer.

54. Ziel unserer Politik des Dialogs und der Entspannung bleibt eine freiheitliche, gerechte und dauerhafte Friedensordnung, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht und die Achtung der Menschenrechte sowie des Gewaltverzichts garantiert und die Spaltung Europas überwindet. Diesem Ziel entspricht auch der Wille der Deutschen, ihre Einheit in Freiheit zu vollenden.

Die Grundlagen für Frieden und Zusammenarbeit in Europa sind in der KSZE-Schlußakte von Helsinki festgelegt worden. Die CDU wird deshalb weiterhin konsequent die Einhaltung und Umsetzung der KSZE-Schlußakte auch in den Staaten des Warschauer Paktes einfordern. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bleibt ein unerlässliches Instrument, den Frieden zu sichern, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu fördern und die Menschen einander näher zu bringen.

55. Der von der CDU angestrebte ausschließlich friedliche Wettbewerb zwischen West und Ost verlangt dem Osten im Denken und Handeln entscheidende Veränderungen ab. Die auf den Werten der Freiheit, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gründenden Demokratien des Westens können einem verstärkten friedlichen Wettbewerb gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen selbstbewußt entgegensehen. Im Unterschied zu den Gesellschaften des Sowjetkommunismus bedeuten für sie Innovation und Wandel, Pluralismus und Konkurrenz der Ideen keine Bedrohung, sondern sind Bedingung ihrer Existenz und ihrer Fortentwicklung. Zusammenarbeit und Dialog überschreiten dort ihre Grenzen, wo die Unterschiede zwischen westlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur verwischt werden.

Unsere Verantwortung für mehr Zusammenarbeit und Vertrauensbildung

56. Unser Maßstab für echte Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen bleibt die Lage der Menschen im geteilten Europa. Die CDU ist zutiefst überzeugt: Menschenrechtspolitik ist Friedenspolitik, denn die Achtung der Menschenrechte zählt zu den unerlässlichen Voraussetzungen einer friedlichen Welt. Deshalb gehören für uns Entspannungspolitik und Menschenrechtspolitik auch im West-Ost-Dialog untrennbar zusammen.

Wir treten für die Freizüglichkeit aller Bürger auf beiden Seiten der Bündnissysteme ein, denn nur so wird die Politik der Verständigung und Vertrauensbildung für alle Menschen erlebbar. Die CDU strebt deshalb die Erweiterung der Begegnungen zwischen den Menschen in West und Ost an. Hierzu gehören der Ausbau der Städtepartnerschaften, die Förderung von Sportbegegnungen sowie die Intensivierung der Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen, den Kirchen und die Ausweitung des

Jugendaustausches. Das Recht auf Freizügigkeit, auf Kontakte und Begegnungen über die Grenzen hinweg muß jedem Bürger offenstehen.

57. Die CDU unterstreicht ihre Forderung nach der Freilassung aller politischen Gefangenen auch in den Staaten des Warschauer Paktes. Rechtssicherheit, Meinungsvielfalt und Pluralismus sind entscheidende Voraussetzung für den inneren Frieden und für gutnachbarliches Zusammenleben der Staaten.

Die gemeinsame Religions- und Kirchengeschichte stellt ein wichtiges Band zwischen den Völkern West- und Osteuropas dar. Als christliche Demokraten berührt uns das Schicksal der Gläubigen in den sozialistischen Staaten besonders. Die CDU wendet sich nicht nur gegen die Rassen-Apartheid in Südafrika, sondern auch gegen die Gewissens- und Glaubens-Apartheid in den sozialistischen Staaten. Die CDU wird sich deshalb besonders für die Wahrung der Glaubensfreiheit einsetzen und fordert Toleranz von den Herrschenden.

58. Fortschritte in den Beziehungen zwischen West und Ost müssen auch Verbesserungen für die Deutschen und Deutschstämmigen in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas erbringen. Die CDU setzt sich dafür ein, daß diese Menschen ihre kulturelle Tradition, ihre Religion und ihre Sprache pflegen können, ohne dabei Nachteile erleiden zu müssen. Wir verlangen die Respektierung der Minderheitenrechte nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Volksgruppen und nationalen Minderheiten. Familienzusammenführung und Ausreisemöglichkeiten zuzulassen gehört zu den humanitären Pflichten jeder Regierung.

59. Einheit und Vielfalt von Kultur und Geistesleben ganz Europas müssen sich auch in den West-Ost-Beziehungen niederschlagen. Die CDU setzt sich auf den Gebieten des Theaters, der Musik, des Films und anderer Kulturträger für die Intensivierung des Kultauraustauschs ein. Zugleich strebt sie neue gemeinsame Projekte von Kulturschaffenden aus West und Ost an. Sie unterstützt Vereinbarungen über die beiderseitige Einrichtung von Kulturinstituten mit allen Staaten Ost- und Südosteuropas.

60. Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten sind seit Jahrzehnten ein stabilisierendes Element in den West-Ost-Beziehungen. Jetzt eröffnet das Modernisierungsprogramm, das sich die Sowjetunion und die überwiegende Zahl ihrer Partner im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vorgenommen haben, Chancen zur Intensivierung dieser Wirtschaftsbeziehungen. Die Öffnung der osteuropäischen Märkte bietet auch der deutschen Wirtschaft langfristige Perspektiven.

Die CDU setzt sich für neue Wege in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Osten ein, die die RGW-Staaten stärker in die Weltwirtschaft integrieren, ihre Angebotspalette erweitern und ihre Produktqualität verbessern. Zum Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gehört auch die Verwirklichung moderner Kooperationsformen, zum Beispiel durch Gemeinschaftsunternehmen. Auch die verstärkte Ausbildung von Wirtschaftsfachleuten aus osteuropäischen Staaten im Westen fördert die Modernisierung der sozialistischen Wirtschaft ebenso wie der Ausbau der technologischen Zusammenarbeit.

61. Entwicklung, Kenntnis und Anwendung moderner Technologien bestimmen heute den wirtschaftlichen Entwicklungsstand von morgen. Neue Ansätze in der industriellen Arbeitsteilung mit den osteuropäischen Staaten haben nur eine Zukunftschance, wenn es nicht zu einem weiteren technologischen Leistungsgefälle zwischen West- und Osteuropa kommt.

Technologische Zusammenarbeit muß sich in vollem Einklang mit den westlichen Sicherheitsinteressen vollziehen. Freien Technologietransfer von West nach Ost kann es daher nicht geben. Jedoch kann die Sowjetunion durch die Zustimmung zu weiteren Abrüstungsschritten, die zu mehr Sicherheit führen, die westliche Bereitschaft erhöhen, den Technologietransfer zu erleichtern. Die CDU hält eine vernünftige Abwägung zwischen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten bei der Weitergabe von Hochtechnologie nach Osteuropa für erforderlich.

VI. Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Welt

Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit fördern

62. Die CDU sieht in einer freiheitlichen, sozial verpflichteten und leistungsfähigen weltwirtschaftlichen Ordnung den besten Weg, den Wohlstand in den Industrienationen zu sichern und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt nachhaltig zu fördern. Ein offenes Welthandelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bringt Vorteile für alle Länder. Die Mittel, die die Entwicklungsländer in einem solchen Weltwirtschaftssystem selbst erarbeiten können, betragen ein Vielfaches der von den Industriestaaten geleisteten Entwicklungshilfe.

Anzustreben ist ein anhaltendes und inflationsfreies Wirtschaftswachstum bei angemessenen Zinsen und möglichst stabilen Währungsrelationen. Um dieses

Ziel zu erreichen, ist es vor allem notwendig, protektionistische Maßnahmen zurückzudrängen, die Entwicklungsländer besser in das System der Weltwirtschaft zu integrieren und Perspektiven zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise zu eröffnen.

63. Die führenden Industrie- und Handelsnationen — insbesondere die USA, Japan und die Länder der Europäischen Gemeinschaft — haben entscheidenden Einfluß auf das internationale Handels-, Wirtschafts- und Finanzgefüge. Ihrer engen und wirkungsvollen Zusammenarbeit kommt daher größte Bedeutung zu. Als gleichberechtigte Wirtschaftspartner müssen sie ihren jeweiligen Teil der Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft übernehmen. Übermäßige Haushaltsdefizite und Handelsbilanzdefizite müssen abgebaut, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und Leistungsbilanzüberschüsse zurückgeführt und ein möglichst stabiles Preisniveau erzielt werden. Nach Überzeugung der CDU ist es eine vordringliche Aufgabe, protektionistische Maßnahmen zu beseitigen und Dauersubventionen abzubauen. Die Industrieländer müssen ihre Märkte verstärkt auch für Produkte aus den Entwicklungsländern öffnen und diesen Staaten durch intensiveren Handel dringend benötigte Deviseneinnahmen ermöglichen. Ein zielstrebiges und koordiniertes Vorgehen zur Stärkung der Marktelemente wird der Weltwirtschaft zum Vorteil aller neue Impulse geben.

64. Die zunehmende internationale Arbeitsteilung und der weltwirtschaftliche Strukturwandel machen eine bessere Integration der Entwicklungsländer in das Weltwirtschaftssystem notwendig. Es liegt im Interesse der westlichen Industrienationen, daß die Länder der Dritten Welt ihre Wirtschaftskraft erhöhen und sich zu leistungsstarken Partnern entwickeln. Gleichzeitig entspricht es der wachsenden politischen Bedeutung und dem wachsenden Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer, wenn sie einen angemessenen Platz in der internationalen Völkergemeinschaft erhalten. Chancengerechtigkeit und Kooperationsvorteile bei der internationalen Zusammenarbeit müssen auch für die schwächeren Länder gegeben sein. Rahmenbedingungen dieser Zusammenarbeit müssen den unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslagen der Staaten gerecht werden. Um insbesondere den am Beginn ihrer Entwicklung stehenden Ländern den Übergang zu den Bedingungen des freien Welthandels zu erleichtern, sind für eine Übergangszeit besondere Regelungen erforderlich. Dazu können auf Seiten der Industrieländer einseitige Handelserleichterungen gehören, aber auch die Tolerierung vorübergehender Importbeschränkungen und der befristete Schutz junger Industrien in den Entwicklungsländern. Bei den oft schwierigen, aber notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen in Staaten der Dritten Welt haben sich die internationalen Organisationen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) bewährt. Die CDU

fordert jedoch bei der Ausarbeitung der Sanierungsprogramme eine angemessene Beachtung der sozialen Folgewirkungen, damit die oft einschneidenden Anpassungsmaßnahmen nicht zu unzumutbaren sozialen Härten für die Bevölkerung führen und demokratische Ordnungen oder Demokratisierungsbestrebungen gefährden.

65. Die internationale Verschuldungskrise ist eines der drängendsten Probleme der Weltwirtschaft. Indem sich die Länder der Dritten Welt an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Krise.

Die unterschiedlichen Ursachen, Strukturen und Größenordnungen der Verschuldung in den Entwicklungsländern erfordern die Erarbeitung flexibler Einzellösungen. Schuldner und Gläubiger — Geschäftsbanken, internationale Organisationen und Regierungen — müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Als Maßnahmen zur Bewältigung der Verschuldungskrise kommen zum Beispiel in Betracht: ein Schuldenerlaß für ärmere Entwicklungsländer, längerfristige Umschuldungen, Senkung der Umschuldungszinsen, die Umwandlung von Schulden in Beteiligungen und der Rückkauf von Schuldforderungen zum Marktpreis. Entscheidend ist, daß die Länder der Dritten Welt eine reale Chance zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen Probleme erhalten.

Unser Beitrag im Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt

66. Die Not von Hunderten von Millionen Menschen auf unserer Erde ist eine ständige Herausforderung an unser politisches Selbstverständnis als Christliche Demokraten. Das Schicksal der Hungernden und in Elend lebenden Völker der Dritten Welt darf uns nicht gleichgültig lassen. Die CDU weiß sich zu tatkräftiger internationaler Solidarität im Kampf gegen Hunger und Armut verpflichtet.

Die Bundesrepublik Deutschland muß entsprechend ihrer wirtschaftlichen und internationalen Bedeutung ihre entwicklungspolitischen Bemühungen auch künftig weiter verstärken. Von kolonialer Vergangenheit unbelastet, kann sie eine aktive Rolle beim Aufbau einer gemeinsamen Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern übernehmen.

Vorbildlich für eine internationale Zusammenarbeit sind die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik. Die positiven Erfahrungen mit den zwischen diesen Partnern abgeschlossenen Lome-Verträgen sollten die Europäische Gemeinschaft veranlassen, auch mit anderen Staatengruppen entsprechende Abkommen auszuhandeln.

- 67.** Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit muß als ressortübergreifende Aufgabe verstanden und durchgeführt werden, die neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch Aspekte der Außen- und Friedenspolitik, Weltwirtschafts- und Agrarpolitik sowie der Umwelt- und internationalen Sozialpolitik einbezieht. Nach Überzeugung der CDU muß Richtschnur aller Entwicklungszusammenarbeit die Hilfe zur Selbsthilfe sein. Deshalb dürfen Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer nicht gelähmt, vielmehr müssen Selbsthilfeprojekte und private Initiativen gefördert werden.
- 68.** Die CDU unterstützt eine Entwicklungspolitik, die ihre finanzielle, materielle und technische Hilfe vorrangig auf die ärmeren Länder der Dritten Welt und auf die ärmeren Bevölkerungsschichten konzentriert. Wir begrüßen eine Schwerpunktsetzung, die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung aus eigener Hand, Aus- und Fortbildung sowie Sicherung der Energieversorgung in den Mittelpunkt der Entwicklungsbemühungen rückt. Frauen spielen aufgrund von Mehrfachbelastungen eine besondere Rolle im Entwicklungsprozeß. Dies ist bei allen Projekten zu berücksichtigen und muß zu neuen Formen der Arbeit mit Frauen in der Dritten Welt führen. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen sollen besonders gefördert werden, um einen Raubbau an der Natur und an Rohstoffen zu verhindern.
- Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit müssen die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern der Dritten Welt hinsichtlich der Entwicklung der Binnenmärkte, der Fähigkeit zur regionalen Kooperation, der Importabhängigkeit und des Exportpotentials berücksichtigt werden.
- Für viele Entwicklungsländer ist die Stärkung ihrer Binnenmärkte eine vordringliche Aufgabe, damit die Bevölkerung langfristig ihr Einkommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann. Für die CDU hat daher die Ansiedlung von Kleingewerbe und Handwerk sowie die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen besondere Bedeutung. Industrieprojekte sind vor allem zu unterstützen, wenn sie sparsam im Verbrauch von Energie und Rohstoffen sind, weniger kapitalaufwendig sind als in den Industrieländern und Produkte herstellen, für die auf dem heimischen Markt Nachfrage besteht.
- 69.** Um die wirtschaftliche Entwicklung und die Exportchancen der Länder der Dritten Welt zu stärken, sind öffentliche und private Kredite und Investitionen aus den Industrieländern erforderlich. Die Bundesrepublik Deutschland muß die Konditionen für Kredite erleichtern und lebenswichtige Maßnahmen der materiellen und sozialen Infrastruktur künftig nur noch durch Zuschüsse finanzieren. Wegen der Verschuldungskrise hält es die CDU

während einer Übergangsphase für notwendig, verstärkt auch laufende Projektkosten zu übernehmen.

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, zusätzliche Mittel zur Strukturhilfe bereitzustellen. Der Einsatz von 100 Millionen DM für diese Aufgabe aus Kreditrückzahlungen von Staaten der Dritten Welt ist ein erster wichtiger Schritt. Langfristig sollen alle derartigen Rückzahlungen für neue Entwicklungspolitische Maßnahmen eingesetzt werden.

70. Die staatliche Förderung kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit ist eine notwendige Ergänzung zu finanzieller und materieller Hilfe. Deshalb fordert die CDU, daß Künstlern, Autoren, Journalisten, Studenten und Wissenschaftlern aus Afrika, Asien und Lateinamerika in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt die Möglichkeit geboten wird, die Lebens- und Gedankenwelt der Menschen ihrer Heimatländer bekannt zu machen. Für die oft noch jungen Staaten der Dritten Welt können solche Chancen der Selbstdarstellung bei der Herausbildung einer nationalen Identität förderlich sein.

71. In privatwirtschaftlicher Zusammenarbeit sieht die CDU einen bedeutsamen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer. Dieser unternehmerische Einsatz wird von vielen Ländern der Dritten Welt verstärkt gewünscht. Daher hält die CDU eine stärkere Einbeziehung von deutschen Unternehmensverbänden der mittelständischen Wirtschaft und von Genossenschaftsverbänden in die Entwicklungspolitik für sinnvoll.

Nichtstaatliche Organisationen, vor allem die Kirchen, sind oft in besonderem Maße in der Lage, der Bevölkerung in den Entwicklungsländern unmittelbar zu helfen. Ihr Engagement ist nach Auffassung der CDU unverzichtbare Ergänzung zu staatlichen Hilfsmaßnahmen und daher besonders unterstützenswert. Aufgabe der Bundesregierung ist es, den Handlungsspielraum der nichtstaatlichen Organisationen bei ihrer Tätigkeit in den Entwicklungsländern abzusichern.

Demokratie und Menschenrechten gehört die Zukunft

72. Nach Überzeugung der CDU gehört die Garantie von Grund- und Menschenrechten sowie von Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Bürger zu einer stabilen politischen Ordnung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht.

Unser christliches Menschenbild verlangt von uns, das Leben und die Würde des Menschen zu schützen und uns für die weltweite Verwirklichung der Menschen- und Freiheitsrechte einzusetzen. Aber nicht nur Unfreiheit und Rechtlosigkeit sind Quellen menschlichen Leidens, sondern auch

menschenunwürdige Lebensbedingungen, soziale Not, Armut und Hunger verletzen die menschliche Würde.

73. Jedes Land hat das Recht, sein Staats- und Gesellschaftssystem selbst zu bestimmen. Unterschiedliche religiöse und kulturelle Wertvorstellungen, politische Traditionen und soziale Erfahrungen müssen respektiert werden. Aber dies kann den grundsätzlich weltweiten Anspruch der international anerkannten Menschenrechte nicht mindern. Unser Engagement in dieser Frage richtet sich nach der Schwere des Unrechts und nicht danach, in welchem Land es stattfindet.

Deshalb verurteilt die CDU zum Beispiel sowohl die Unterdrückung der Menschen durch die Linksdiktatur der Sandinisten in Nicaragua als auch durch die Rechtsdiktatur Pinochets in Chile; wir verurteilen ebenso die Menschenrechtsverletzungen in den kommunistischen Diktaturen in Osteuropa. Wir fordern die südafrikanische Regierung auf, das menschenverachtende System der Apartheid auf dem Weg des friedlichen Wandels schrittweise und konsequent zu beseitigen.

74. Im letzten Jahrzehnt hat sich in Staaten Lateinamerikas und Asiens die Idee der freiheitlichen Demokratie dort durchgesetzt, wo autoritäre Regimes abgelöst wurden. Dieser Vormarsch von Freiheit und Demokratie muß gefördert werden. Es geht der CDU dabei nicht um die Übertragung eines bestimmten Demokratiemodells, sondern um die weltweite Förderung einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und pluralistischen Entwicklung. So tragen zum Beispiel die christlich-demokratischen Parteien in Zentralamerika, insbesondere in El Salvador, Panama und Guatemala entscheidend zur Abschaffung von Diktatur und Unterdrückung sowie zur Beseitigung von Hunger und sozialem Elend in ihrer Region bei. Ihnen gilt die solidarische Unterstützung der CDU.

75. Wir anerkennen das Bemühen um politische und ideologische Unabhängigkeit und um regionale Zusammenarbeit innerhalb der Dritten Welt. Wir wenden uns gegen Versuche, den West-Ost-Gegensatz in die Dritte Welt hineinzutragen. Entschieden lehnen wir alle Formen von Gewalt und aggressiver Ideologie als Mittel zur Problembewältigung bei zwischenstaatlichen oder innerstaatlichen Konflikten ab.

Die zunehmende Aufrüstung in Ländern der Dritten Welt hemmt die politische und wirtschaftliche Entwicklung und fördert die Neigung, innere und äußere Konflikte mit Waffengewalt auszutragen. Die CDU bekennt sich weiterhin zu einer restriktiven Handhabung beim Export von Rüstungsgütern. Aufgrund der unterschiedlichen Rüstungsexportpraxis der westlichen Länder ergibt sich auf NATO-Ebene die Notwendigkeit, gemeinsame und verbindliche Kriterien für den Rüstungsexport zu erarbeiten. Wegen der

zunehmenden Fähigkeit einzelner Entwicklungsländer zur eigenen Produktion von Rüstungsgütern sowie des massiven sowjetischen Exports von Waffen in die Dritte Welt hält die CDU ein international geltendes und wirksames Abkommen zur Begrenzung von Rüstungsexporten für notwendig.

76. Die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland dient dem Aufbau einer weltweiten Friedensordnung, die die Menschenrechte garantiert, die faire Zusammenarbeit und sozialen Ausgleich schafft.

Die CDU glaubt an die ansteckende Kraft von Freiheit und Demokratie. Wir sind überzeugt, daß die Zukunft den freiheitlichen Demokratien und nicht den Diktaturen gehört.

Mitglieder der Kommission Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik

Vorsitz: Dr. Heiner Geißler

Stellvertreter: Peter Radunski

Geschäftsführung: Dr. Wulf Schönbohm

Mitglieder:

Markus Berger

Lothar Domröse

Dr. Johann Baptist Gradl

Prof. Dr. Christian Hacke

Walther Leisler Kiep

Dr. Egon Klepsch

Karl Lamers

Prof. Dr. Wolfgang Pfeiler

Dr. Hans-Gert Pöttering

Hans-Peter Repnik

Volker Rühe

Dr. Wolfgang Schäuble

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz

Dr. Lutz Stavenhagen

Dr. Hans Stercken

Horst Teltschik

Dr. Roland Wegener

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Dr. Peter Weilemann

Dr. Dorothee Wilms

Dr. Manfred Wörner